

Die Richtung stimmt

Im Vorfeld der heutigen Stadtratssitzung luden die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und SPD zu einer Pressekonferenz. Sie stellten ihre gemeinsamen Ziele für die Arbeit im Stadtrat bis zum Ende der Legislaturperiode 2024 vor. Dem waren lange Verhandlungen in gemeinsamen Arbeitsgruppen vorangegangen.

Die vereinbarten grün-rot-roten Ziele umfassen 17 Handlungsschwerpunkte - vom Bau von 2.500 kommunalen Wohnungen über dringend notwendige Investitionen in das städtische Klinikum bis hin zu Nachbarschaftszentren in jedem Stadtteil. Die drei Fraktionen haben das vorliegende Papier jeweils beschlossen. Im nächsten Schritt wird es innerhalb der drei Parteien diskutiert.

André Schollbach: „Gemeinsam können wir mehr bewegen als jede Fraktion für sich allein. Jetzt geht es darum, an der Erreichung unserer Ziele und der Umsetzung der geplanten Projekte zu arbeiten. Für uns LINKE ist es wichtig, dass der soziale Wohnungsbau fortgesetzt wird, dass das Sozialticket für Bus und Bahn erhalten bleibt und dass das städtische Klinikum eine gute Zukunft hat.“



Dresden-Pass: Mehr für die Vielen

Beschlossen: Ab jetzt steht der Dresden-Pass auch Beziehenden von Wohngeld und Kinderzuschlag zur Verfügung. Und: Er kann elektronisch beantragt werden und soll auch die kostenlose Beratung zu Mietrechtsfragen

umfassen. **Caroline Lentz:** "Wir ermöglichen eine bessere Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen, die damit die vielseitigen Angebote im Bereich Kultur und Mobilität des Dresden-Passes nutzen können." ■

Kitabeiträge steigen nicht

Es hatte sich angekündigt: Im Falle der Festsetzung der Elternbeiträge für die Kita-Betreuung folgte der Stadtrat heute nicht der Empfehlung der Verwaltung und entschied sich für ein Einfrieren der Beiträge.

Auszug aus der Rede von **Tilo Kießling:**
"Über viele Jahre was es immer wie ein Naturgesetz, dass sich die Kita-Beiträge wegen steigender Kosten erhöhen. Wir haben in unser Wahlprogramm geschrieben: DIE LINKE wird in dieser Wahlperiode keiner Erhöhung der Beiträge zustimmen. Das Ob einer Erhöhung der Beiträge ist eine politische Entscheidung, nicht zuerst eine finanzpolitische. Als Beweis folgendes Beispiel: Bei der vor uns stehenden Grundsteuerreform gibt es dem Vernehmen nach eine interne Vorgabe des OBs, dass diese Reform aufkommensneutral sein soll. Das heißt: Eine Gruppe, die an der Finanzierung der Stadt beteiligt ist, die Grundbesitzer, sollen sich nicht an den steigenden Kosten der Gemeinschaft beteiligen, sondern bei der Höhe ihrer steuerlichen Abgaben bleiben. Für sie gilt das angebliche Naturgesetz, wonach steigende gesellschaftliche Kosten zu höheren Beiträgen und Abgaben führen müssen, nicht. Und für die Eltern, die höhere Beiträge zahlen sollen, soll es wieder gelten? Wir sagen: Dies ist eine politische Entscheidung, deshalb haben wir gegen den Anstieg gestimmt und deshalb wollen wir ein fünf-jähriges Moratorium für die Elternbeiträge." ■

Mittag im Hort kostenfrei

Mittagsverpflegung im Hort während der Schulferien: Bisher wurde selbst für ärmere Familien eine Zuzahlung von einem Euro fällig. Der Stadtrat hat jetzt den Wegfall dieser Zuzahlung beschlossen: **Christopher Colditz:** "Wenn sich Familien darauf verlassen können, dass ihre Kinder in der Ferienhortbetreuung ein kostenfreies warmes Mittagessen bekommen, dann ist das auch ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf." ■